ten, daß es zur Beruhigung der Massen beitragen würde. Die Bürokratie hoffte dabei offen auf die Unterstützung der Brüningregierung. Hatte die reformistische Presse doch tagelang in großer Aufmachung verkündet, daß Herr Brüning in höchsteigener Person auf dem Kongreß erscheinen und das Wort nehmen werde. Brüning kam nicht. Er, der Sachwalter der deutschen Bourgeoisie, der stets Zeit hat, wenn es gilt auf den Tagungen der deutschen Trustmagnaten, deren Befehle entgegenzunehmen, versetzte seinen Lakaien einen Fußtritt, er hatte keine Zeit. Wozu auch Rücksicht nehmen auf seine reformistischen Knechte. Er weiß, er braucht ihnen nicht um den Bart zu gehen, sie sind in jeder Situation seine treuesten Stützen und tolerieren zu jeder Stunde seine Politik. An seiner Stelle erschien Stegerwald, nicht weniger brutal als sein Herr und Meister, den versammelten Bonzen das Programm der Brüningregierung verkündend: Keine Arbeitsbeschaffung, neue Lohnsenkung, neuer Unterstützungsabbau.

Der „Krisenkongreß" fand sechs Monate nach dem Frankfurter Kongreß des ADGB statt. Die Hauptlosung des Frankfurter Kongresses war: Vierzigstundenwoche ohne Lohnausgleich. Dieser Losung war kein langes Leben beschieden. Nach wenigen Monaten mußten ihre eigenen Väter ihren Bankrott eingestehen. Derselbe Stegerwald, den Leipart in Frankfurt anflehte, stark zu bleiben und die Gewerkschaften nicht zu verlassen, war im Dienste des Unternehmertums ihr Totengräber.

Die Losung der Vierzigstundenwoche wurde abgelöst durch den Preisabbauschwindel, womit der Brüningregierung die reibungslose Durchführung des Notverordnungslohnabbaues im Dezember vorigen Jahres ermöglicht werden sollte. Als mit Hilfe der ADGB-Führer der Lohnabbau zur Durchführung kam, der Preisabbau aber ausblieb, begaben sich die Gewerkschaftsführer auf das Gebiet der „Preiskontrolle", daß sie nunmehr als ihre „vornehmste Pflicht" bezeichneten. Der sächsische ADGB gab in diesem Zusammenhang im Januar d. J. den bekannten Aufruf heraus, in dem er sagte, daß ein Kampf gegen den Lohnabbau zur Zeit nicht opportun sei, daß man dafür aber in allen Orten Kontrollausschüsse zur Kontrolle der Preise bilden müsse. Damit wollte man die Arbeiter vom Kampf abhalten, die Gewerkschaften gleichzeitig auf das „Niveau von Hausfrauenvereinen" herabdrückend, wie die dem ADGB nahestehende „linke" Manöver vollführende Zeitschrift „Gewerkschaftsarchiv", die „Aktion" der Gewerkschaften damals charakterisierte.

Als jene Parolen ihre Zugkraft verloren hatten, erfand die ADGB-Bürokratie eine neue Schwindellosung, nämlich die der Arbeitsbeschaffung. Anfang Februar posaunte Herr Leipart in den Organen des ADGB sein „Arbeitsbeschaffungsprogramm" in die Welt. Kurz darauf sanktionierte der Bundesausschuß des ADGB die neue Schwindellosung und beschloß im Zusammenhang damit den „Krisenkongreß". Würden Worte entscheiden, so hätte die Brüningregierung schon vor der bloßen Ankündigung jener Tatsachen, die der Kongreß angeblich vollbringen sollte, ins Mauseloch kriechen müssen. Aber auch hier zeigte sich, wie sicher Brüning seiner Knechte war. Ein Augenzwinkern genügte, um die ADGB-Bürokratie zur Verschiebung des Kongresses zu veranlassen. Der Kongreß, ursprünglich für den 23. März angesetzt, wurde zunächst auf unbestimmte Zeit vertagt, dann auf den 13. April festgesetzt, drei Tage nach dem zweiten Wahlgang zur Präsidentenwahl. Klar, daß die Verschiebung lediglich erfolgte, um die Gewerkschaftsmitglieder, denen man inzwischen die „Eiserne Front" serviert hatte, nicht zu früh den Zusammenbruch des Krisenkongreßschwindels erkennen zu lassen, was für die Wiederwahl Hindenburgs zweifelsohne von Nachteil gewesen wäre.

Der Krisenkongreß selbst, das Auftreten des Regierungsvertreters Stegerwalds hat den Schwindel von der Arbeitsbeschaffung nunmehr endgültig zum Platzen gebracht. Die Ausführungen der ADGB-Führer auf dem Kongreß selbst brachten nichts Neues, sie waren nur eine mehr oder weniger frisch aufgetünchte Ausgabe der in Frankfurt gehaltenen Reden. Die Forderung der Vierzigstundenwoche, ebenfalls ohne Lohnausgleich, die Einführung des Krümpersystems und noch andere alte Lappenhüter reformistischer Phraseologie feierten fröhliche Auferstehung. Neu war lediglich, daß die ADGB-Führer von der Reichsregierung zur Durchführung der Arbeitsbeschaffungspläne die staatliche Finanzierung forderten, mit dem Hinweis, daß die Reichsregierung doch Mittel gehabt habe sowohl zur Finanzierung der Großindustrie, der Großagrarier, als auch der Großbanken. Stegerwald hielt sich mit einer Erörterung dieser Pläne nicht lange auf, sondern gab darauf eine Antwort, die, wie der „linke" Aufhäuser dieser Tage in der sächsischen SPD-Presse klagt, „völlig ungenügend" war. Er versetzte der Bürokratie einen Peitschenhieb nach dem andern. Das was Stegerwalds als einzelne Punkte des Programms der Brüningregierung entrollte, ist zu umfangreich, als daß es hier eingehend behandelt werden kann. Nur ein wichtiger Punkt soll hervorgehoben werden, weil er gleichzeitig die Linie andeutet, in der die ADGB-Bürokratie getreu dem Befehl Stegerwalds in der nächsten Zeit ihre Politik weiterführen wird. Stegerwald lehnt ab, das Betrugsmanöver der Bürokratie zu unterstützen, lediglich einen Punkt akzeptierte er aus den vorgeschlagenen Rezepten der „Aerzte am Kapitalismus", die Lohnkürzung mit Hilfe der Vierzigstundenwoche. Der Schwindellosung des ADGB von der Arbeitsbeschaffung stellte er gegenüber das Programm der Brüningregierung: „Neue Lohnsenkungen".

Hier liegen die großen Aufgaben des 4. Landeskongresses der RGO. Der Verlauf des Krisenkongresses und der Betrug der reformistischen Führer, wird breite Massen der Gewerkschaftsmitglieder den Betrug ihrer Führer immer mehr erkennen lassen. Millionen deutscher Gewerkschaftsmitglieder wurden in den vergangenen Wochen die Löhne gekürzt. Unerträglich ist die Elendslage der deutschen Arbeiter geworden. Schon die Bewegungen im Januar dieses Jahres zeigten große Teile der deutschen Arbeiterklasse nicht nur in der Abwehr, sondern bereits im Angriff gegen die Kapitalsoffensive. Neue Formen des Wirtschaftskampfes bildeten sich heraus: passive Resistenz, Arbeitseinstellung bei gleichzeitigem Verharren im Betrieb, zeitlich begrenzte Proteststreiks, offene Abteilungs- und Betriebsstreiks und was der Kampfformen noch mehr sind. Der Streik hat wieder, sowohl als Mittel der Verteidigung, als auch des Angriffs neue größere Bedeutung erlangt. Die Arbeiterschaft beginnt wieder an ihre Kraft zu glauben, die These der Reformisten, daß in Krisenzeiten keine erfolgreichen Streiks zu führen seien, verliert an Boden.

Es liegt an unserer revolutionären Arbeit, wo durch diese These der Kampfwille der Arbeiter gelähmt ist, diesen Bann zu zerschlagen. Eine konkretere Behandlung der Streikfragen und der Organisierung des Streiks muß Platz greifen. Es gilt sich konkreter einzustellen auf die Auslösung von Kämpfen einzelner Betriebe und Abteilungen als den Hebel zur Auslösung von Massenaktionen. Jeden noch so geringen Konflikt in den Abteilungen der Betriebe müssen wir zum Anlaß nehmen zur Auslösung eines Kampfes.

Der Kongreß muß aussprechen, daß in der von der Kommunistischen Partei propagierten 180gradigen Wendung auf die Betriebe der Angelpunkt unserer ganzen Streikmobilisierung liegt. In jedem Betrieb gilt es zur Lage Stellung zu nehmen. Die Aufstellung betrieblicher Angriffsforderungen schafft die Grundlage zur Bildung betrieblicher Kampfausschüsse, die wiederum ein Faktor zur Bildung einer breiten Einheitsfront aus den Betrieben heraus sind.

Die Unzufriedenheit der Massen wächst und damit auch die Versuche der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie mit neuen Betrugsmanövern die Arbeiter irrezuführen, um sie vom Kampf abzuhalten. Diesen Manövern müssen wir mit einer verstärkten Agressivität, nicht des Wortes, sondern der Tat, entgegentreten. Nicht mit Phrasen, sondern mit konkretem Beweismaterial ausgerüstet, müssen wir die Schwindellosungen der Bürokratie vor das Forum der Arbeiter zerren und erbarmungslos zerpflücken.

Arbeiten wir so, stehen wir an der Spitze der Aktionen der Arbeiter gegen das Unternehmertum, dann fassen die Arbeiter zu uns Vertrauen. Der Arbeiter, der nach jahrzehntelangem Vertrauen zu den Reformisten sich jetzt plötzlich betrogen sieht, bedarf beweiskräftigerer Argumente als nur Worte, wenn er zu einer Kampfführung, die wir, die RGO, doch sein wollen, Vertrauen gewinnen soll.

Die Auffassungen in unseren Reihen, als ob uns diese Arbeit erspart bliebe, und als ob die Schwindelmanöver der Bürokratie schon durch die Entwicklung selbst genügend widerlegt würden, sind entschieden zu bekämpfen.

Daraus ergibt sich aber auch die Notwendigkeit einer verstärkten Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front. Die Tatsache, daß die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften zurückgehen, beweist nichts gegen die Tatsache, daß noch Millionen von Arbeitern in den Gewerkschaften sind. Zu beachten ist dabei weiter, daß, selbst wenn die Gewerkschaften immer noch mehr Mitglieder verlieren, sie nicht einfach zwangsläufig ihre Bedeutung verlieren, sondern daß sie nach wie vor in der Politik der Bourgeoisie gegen die Arbeiter einen Faktor bilden werden. Auch hier muß der Kongreß aussprechen, daß die verstärkte Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften revolutionäre Pflicht ist.

Einleitend vermerkten wir, daß der imperialistische Krieg aus einer Gefahr zur Tatsache geworden ist, mit der auch die deutsche Arbeiterschaft rechnen muß. Sie muß verhindern, daß sie so wie 1914 von den reformistischen Führern in den Kriegstaumel hineingezogen wird. Die deutsche Trustbourgeoisie, zwar noch nicht aktiv in die Kriegsfront einbezogen, wird gegenwärtig zu einer der größten Kriegsrüstungs-Werkstätte. In vielen Betrieben wird bereits Kriegsmaterial hergestellt. Täglich rollen Züge durch Deutschland, vollgepfropft mit den modernsten Errungenschaften der Kriegstechnik. Die Kriegsrüstungsindustriepapiere weisen an der Börse den höchsten Stand auf. Der Krieg wird wieder zu einem Geschäft für die Bourgeoisie und damit eines der Mittel, aus der Krise herauszukommen.

Hier muß der Kongreß Alarm blasen. Die Arbeiterschaft muß mehr denn je auf die Tatsache des neuen Kriegsbrandes hingewiesen und zum Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion und der chinesischen Revolution mobilisiert werden.

Der bevorstehende 1. Mai wird dazu, in Anknüpfung an die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterschaft, die besten Möglichkeiten bieten.

Groß und gewaltig sind die Aufgaben, die vor dem 4. Landeskongreß der RGO stehen. Er soll und muß der Ausgangspunkt sein für eine großzügige Offensive zur Schaffung einer festen und starken Kampffront des sächsischen Proletariats gegen seine Ausbeuter. In der Herausarbeitung der Mängel und Schwächen der RGO-Arbeit wird die Stärke des Kongresses zu liegen. Mit aller Energie gilt es die Fehler abzustellen. Die RGO in jedem Betrieb planmäßige und systematische Werbearbeit in den Betrieben, Aufbau starker Betriebsgruppen der RGO, Führung der Belegschaften in ihrem Kampf und bei den kleinsten Bewegungen, das muß die Hauptlosung des Kongresses sein.

Löst der Kongreß diese Aufgaben, dann wird diese Tagung von ungeheurer Bedeutung sein für die Mobilisierung der Arbeiterklasse im Kampf gegen alle ihre Feinde. Die besondere Bedeutung des 4. Kongresses liegt darin, daß er eine Woche vor dem Ablauf der Notverordnungstarife stattfindet. Das befähigt ihn besonders dazu, durch eine konkrete Stellungnahme zur gegenwärtigen Situation in letzter Stunde die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die ihnen erneut drohende Gefahr des Lohn- und Unterstützungsraubes zu lenken.

Macht Sturm in den Betrieben und an den Stempelstellen. Ruft, rüttelt auf, mobilisiert, organisiert. Hoch die Fahnen des revolutionären Klassenkampfes. Vorwärts zum Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit, vorwärts zum Kampf aller Ausgebeuteten und Unterdrückten. Wir müssen und werden die Sieger sein.

In diesem Sinne entbieten wir dem 4. Landeskongreß die heißesten revolutionären Grüße, die Grüße inniger Kampfverbundenheit mit den Reihen der roten Gewerkschafter. Setzt alle Kräfte daran, um die reformistische Lügenfront zu zerschlagen und die Arbeiterschaft zur Erkenntnis ihrer Klassenlage zum Kampf für ein freies sozialistisches Deutschland zu führen.

Fritz Dasecke, Leipzig

Ernst Thälmann über die Bedeutung der Wahlen am Sonntag

Morgen Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Hessen und Bürgerschaftswahlen in Hamburg. Jede Stimme für die KPD ein Schlag gegen alle Klassenfeinde

Nürnberg, 23. April (Eig. Drahtbericht.)

Hier fand gestern die letzte Wahlkundgebung vor dem 24. April statt, in der Genosse Ernst Thälmann sprach. Weit über 35 000 Arbeiter, Arbeiterinnen und Werktätige füllten dicht gedrängt die große Halle von Nürnberg, was zuvor noch keiner anderen Partei gelungen war. Wenige Tage vorher hatte in Nürnberg der 3. Vorsitzende der SPD, Vogel, vor 25 000 Menschen gesprochen. Die Hitler-Kundgebung in Nürnberg war etwa nur vom dritten Teil besucht. Genosse Thälmann richtet von dieser gewaltigen Kundgebung einen anfeuernden letzten Appell im Namen des Zentralkomitees der KPD an alle Werktätigen Deutschlands:

Wahlen bringen keinen Ausweg aus Not und Elend, keine Befreiung von Tributlasten, von Erwerbslosigkeit, von Hunger und Faschismus, aber Wahlen geben der revolutionären Partei die Möglichkeit durch ein Kampfgelöbnis der Millionen zum Programm der proletarischen Revolution den außerparlamentarischen Massenkampf zu steigern. Jede Stimme für die KPD ist ein Signal für die Kampfbereitschaft um höheren Lohn, für Arbeit und Brot, gegen Steuerwucher und Zollraub, gegen Faschismus und Reaktion, gegen das fluchwürdige Verbrechen des imperialistischen Krieges, für die aktive Verteidigung der Sowjetunion. Jede Stimme für die Kommunistische Partei ist ein Schlag gegen unsere Klassenfeinde.

Jede Stimme für die KPD bedeutet raschere Loslösung von hunderttausenden SPD-Arbeitern aus den Fesseln des Reformismus und der Hindenburgfront, bedeutet raschere Loslösung von Werktätigen aus den Banden des Hitlerfaschismus.

Jede Stimme eines klassenbewußten SPD-Arbeiters für die KPD ist die verstärkte Antwort auf Hindenburgs Verlangen nach dem Reichsbannerverbot.

Jede Stimme eines Nationalsozialisten für die KPD ist die verdiente Antwort auf Hitlers Preisgabe der SA-Leute auf Kosten seiner „legalen Regierungsfähigkeit".

Wir rufen die Millionen von Arbeitern zur Bildung der roten Einheitsfront, zum Kampf Klasse gegen Klasse, zum Kampf für ein freies sozialistisches Deutschland.

Am 1. Mai – Straße frei

Demonstrationen am 1. Mai in Bremen, Mecklenburg-Schwerin und Anhalt verboten

Fordert überall uneingeschränkte Demonstrationsfreiheit! Beschließt in den Betrieben geschlossene Teilnahme an den 1.-Mai-Demonstrationen der KPD

Schwerin, 21. April. (Eig. Meldung.)

In der gestrigen Sitzung des Landtags von Mecklenburg-Schwerin stand der kommunistische Antrag zur Abstimmung, in dem die Aufhebung des Demonstrationsverbots im Hinblick auf den 1. Mai gefordert wurde. Schon bei der Beratung des Antrages kam es zu schweren Zusammenstößen, als die bürgerlichen Parteien und vor allem die Nazis in provokatorischer Weise sich gegen den kommunistischen Antrag wandten. Dieses arbeiterfeindliche Auftreten erregte die auf den Tribünen anwesenden Arbeiter derart, daß es zu lauten Kundgebungen kam.

Als die proletarischen Tribünenbesucher dem kommunistischen Redner demonstrativ Beifall klatschten, ließ der Landtagspräsident die Tribüne räumen. Wie die bürgerlichen Blätter melden, soll der kommunistische Redner erklärt haben, daß die Arbeiter in Mecklenburg trotz Demonstrationsverbot am 1. Mai auf der Straße aufmarschieren würden.

Infolge dieser Kundgebung wurde die Landtagssitzung auf kurze Zeit geschlossen. Nach Wiederzusammentritt lehnte die bürgerliche Mehrheit den kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Demonstrationsverbot am 1. Mai ab.

Nach dem Verbot in **Bremen** sollen also jetzt auch die Maidemonstrationen in Mecklenburg nicht stattfinden.

Antwort der Arbeiter auf diese ersten Maiverbote muß die verstärkte Massenmobilisierung für die rote Einheitsfront und der Beschluß zur geschlossenen Teilnahme an der Maidemonstration der KPD sein.

Einen solchen Beschluß faßte die Belegschaftsversammlung der Berliner Wellpappenfabrik, in dem es heißt:

„Die Betriebsversammlung verlangt vom Polizeipräsidenten vollständige Demonstrationsfreiheit am 1. Mai 1932. Die Kollegen verpflichten sich, geschlossen an der Demonstration der RGO und KPD teilzunehmen und für ein freies sozialistisches Deutschland zu demonstrieren."

Diesem vorbildlichem Beschluß müssen sich alle Betriebe und Stempelstellen anschließen. Laßt die sozialfaschistischen Lohnräuber und Streikbrecherorganisatoren am 1. Mai unter sich und **demonstriert unter den roten Fahnen des Kommunismus.**

SPD-Minister verbieten ebenfalls Maidemonstrationen

Dessau, 22. April. (Eig. Bericht.)

Das anhaltische Staatsministerium, das von der SPD geführt wird, hat einen Antrag der Ortsgruppe Zerbst der KPD, das bestehende Demonstrationsverbot zum 1. Mai aufzuheben, abgelehnt. Nach dem Vorbild Zörgiebels verbietet also die anhaltische SPD den proletarischen Massenaufmarsch zum 1. Mai.

Diese Verbote müssen in ganz Deutschland einen Proteststurm in den Betrieben und Stempelstellen hervorrufen. Die

Nach 54 Jahren SPD-Mitgliedschaft zur KPD!

Kämpfer unter dem Sozialistengesetz erklärt: „Die KPD ist die einzige und wahre Erbe von Marx und Engels.

In **Aachen** hat der Genosse Friedrich Koch seinen Eintritt in die Kommunistische Partei erklärt. Genosse Koch trat 1878 dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein bei. Zu der Zeit war er in Harburg an der Elbe. Nach der Vereinigung der Lassalleaner und der **Eisenacher** auf dem Gothaer Parteitag im Jahre 1875 war er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Während des Sozialistengesetzes war Friedrich Koch in Zürich. Er beteiligte sich daran, die in Zürich gedruckte und in Deutschland illegal verbreitete Zeitung **„Sozialdemokrat"**, das Organ der verbotenen Partei, über die Grenze zu bringen. 54 Jahre lang ist Genosse Friedrich Koch Mitglied der SPD gewesen, die er verließ, weil er ihren Verrat an der Arbeiterklasse erkannte. Genosse Koch erklärte bei seinem Eintritt in die Kommunistische Partei, **daß er in ihr den einzigen und wahren Erben von Marx und Engels in Deutschland erblicke.** Der Schritt des Genossen Koch ist ein Appell an alle sozialdemokratischen Arbeiter, es ihm gleichzutun. **Hinein in die KPD, die Partei von Marx, Engels und Lenin!**